



Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“

NIEDERSCHRIFT

der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“

Tag der Sitzung: Mittwoch, den 13.06.2018

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:45 Uhr

Ort: Sitz des WAZV „Der Teltow“
Fahrenheitstraße 1, 14532 Kleinmachnow

Leiter der Sitzung: Peter Weiß Vorsitzender der Verbandsversammlung

Teilnehmer: 12 - siehe Anwesenheitsliste

Verwaltung: Torsten Könnemann MWA GmbH
Waltraud Lenk MWA GmbH
Susanne Bley MWA GmbH
Isabella Böttcher WAZV „Der Teltow“

Protokoll: Karin Schulz MWA GmbH

Vor Beginn der Sitzung wird folgende Tischvorlage übergeben:

zu TOP 3 Information über die Bearbeitung von Anträgen auf Schadensersatz nach Staatshaftungsrecht und zu Anträgen auf Rücknahme eines bestandskräftigen Verwaltungsaktes

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung, Herr Peter Weiß, eröffnet die Verbandsversammlung des WAZV „Der Teltow“ um 16:00 Uhr.

TOP 0 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 1 Feststellung der frist- und formgerechten Einladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Vertreter sowie Anträge bzw. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Weiß stellt die frist- und formgerechte Einladung fest. Mit 9 von 18 Vertretern ist die Beschlussfähigkeit zunächst nicht gegeben. Später erhöht sich die Anzahl auf 12 Vertreter, womit die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Aus Kleinmachnow fehlen Herr Grubert, Frau Dr. Bastians-Osthaus und Herr Schulz-Kersting sowie deren Stellvertreter entschuldigt.

Aus der Gemeinde Stahnsdorf wird Herr Albers durch seine Stellvertreterin, Frau Knoppke, vertreten. Weiterhin fehlen entschuldigt Herr Huckshold und sein Stellvertreter. Herr Schmidt aus der Stadt Teltow wird von seiner Stellvertreterin, Frau Rietz, und Herr Längrich durch seinen Stellvertreter, Herrn Tietz, vertreten. Herr Freymuth und Herr Goetz sowie ihre Stellvertreter fehlen entschuldigt.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der Verbandsversammlung vom 21.03.2018

Die Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2018 wird mit Stimmenmehrheit (6 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen) bestätigt.

TOP 3 Anfragen, Anträge, Mitteilungen, Sonstiges

Frau Kulesha erinnert an den Abwasservertrag mit den BWB. In diesem Zusammenhang gab es eine Auflistung, wie sich die Einleitmengen in den nächsten Jahren erhöhen. Sie würde gern wissen, wie sich diese möglichen Abwassermengen auf die Kommunen verteilen und wie viele Wohnungen überhaupt noch gebaut werden könnten, bezogen auf die Abwassermenge eines Durchschnittshaushalts, um diese Einleitmengen einzuhalten.

Herr Könnemann bestätigt, dass in diesem Vertrag Jahresmengen definiert sind, auch mit entsprechenden Steigerungsraten. Wenn das gewünscht wird, kann das aufbereitet werden. Er fragt nach dem Hintergrund dieser Frage. Gibt es Bedenken, dass die Menge nicht ausreicht? Frau Kulesha meint, dass vielleicht irgendwann zu viel gebaut wird. Zu jedem Bauantrag muss bestätigt werden, dass die Erschließung gesichert ist und ob genug Trink- und Abwasser vorhanden ist. Sie wünscht sich zumindest für die Vertragsdauer eine grobe Schätzung für die möglichen Zuwächse in den einzelnen Gemeinden, wie viele Durchschnittshaushalte und wie viele Gewerbeeinheiten errichtet werden könnten.

Herr Könnemann sagt, dass die Prognose der Einwohnerentwicklungen in den Vertragsverhandlungen berücksichtigt wurde, so dass die Entsorgungssicherheit auch bei Bevölkerungswachstum gegeben ist. Die vereinbarte Menge könnte in die Zahl durchschnittlicher Haushalte umgerechnet werden.

Das würde ihr genügen, meint Frau Kulesha. Herr Weiß fragt, ob eine Beantwortung mit der Niederschrift bis zur nächsten Sitzung ausreicht, dies wird bestätigt.

Beantwortung der Frage:

Die Abwasserüberleitung aus dem Gebiet des WAZV „Der Teltow“ erfolgt gemäß der mit den BWB und der EWP geschlossenen Abwasserverträgen über drei Abwasserdruckleitungsstränge (ADL) mit den jeweils zugeordneten, vertraglich festgelegten Jahresmengen. Daraus ergibt sich folgendes Anschlusspotenzial in der Prognose bis 2029:

- 1. ADL DN 1050/1050 BWB (große Bereiche der Stadt Teltow): 2.510 Einwohner*
- 2. ADL DN 400 WAZV (westl. Stadtgebiet Teltow, Kleinmachnow, östl. Bereiche der Gemeinde Stahnsdorf): 9.266 Einwohner*
- 3. ADL DN 1050/750 EWP (westl. Bereiche der Gemeinde Stahnsdorf und OT Nudow der Gemeinde Nuthetal): 981 Einwohner*

Die Jahresmengen können jedoch vertragsgemäß bei Bedarf auf Antrag bei BWB bzw. EWP erhöht werden mit anschließender Vertragsanpassung.

Herr Gutheins hat Fragen zum Quartalsbericht, Punkt 7, Erfolgsübersicht. Bei den Plan- und Ist-Zahlen für das I. Quartal gibt es eine Abweichung bei Umsatzerlösen von 59 % – das macht 250 T€ aus. An anderer Stelle ist es dann wieder umgekehrt, der Ist-Wert ist niedriger und nicht höher. Zu den Summen, wo 360 % herauskommen, sollte etwas gesagt werden. Frau Bley erläutert die Abweichungen. Im Erfolgsplan wurden die Umsatzerlöse nach den Mengen geschätzt, die abgesetzt bzw. entsorgt worden sind. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan gibt es kaum Abweichungen im I. Quartal, im Gesamtplan sind es 2 %. Die Abweichungen, die Herr Gutheins meint, sind im Materialaufwand, welcher aus den Aufwendungen aus Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und den Aufwendungen für bezogene Leistungen besteht. In diesen sind die Aufwendungen für Bauleistungen enthalten. Für den Quartalsbericht werden die Zahlen aus dem Wirtschaftsplan in vier Quartale aufgeteilt. Im I. Quartal sind noch nicht so viele Abrechnungen zu Baumaßnahmen enthalten. Dadurch kommen die großen Abweichungen zustande, die dazu führen, dass im I. Quartal insgesamt ein recht hoher Gewinn ausgewiesen wird. Spätestens im III. oder IV. Quartal wird es sich in diesem Bereich wieder ausgleichen.

Herr Dr. Wolf fragt nach der Möglichkeit, im Quartalsbericht zu erkennen, wie der Verband im Plan liegt. Wäre es ein großer Aufwand, den Wirtschaftsplan auf Quartale runter zu brechen?

Frau Bley antwortet, im Moment ist der Aufwand noch hoch. In der Zukunft hätte sie auch gerne eine genauere Zuteilung, damit sie auch eine bessere Liquiditätsplanung machen kann. Das soll definitiv umgesetzt werden. Zurzeit wird nach einem neuen ERP-System gesucht. In den Kriterienkatalog wurde die Anforderung mit aufgenommen, diese Planung monatlich machen zu können. Dann wird auch eine bessere Darstellung im Quartalsbericht möglich.

Herr Dr. Tenhagen erinnert an die Baustellenübersicht in den Berichten der MWA. Ist diese in den Quartalsberichten gar nicht mehr vorgesehen?

Frau Bley antwortet, dass sie versucht hat, die Bautenstände in den Investitionsplänen zu ergänzen. Es gibt den Plan für das Jahr 2018, dann das Ist für das I. Quartal und die Informationen, wann der Baubeginn geplant, ob die Planung beauftragt ist usw. Das kann noch ein bisschen verfeinert werden. Das Baumaßnahmencontrolling wird sich verbessern, da ein zusätzlicher Controller eingearbeitet wird.

Herr Dr. Wolf hat bei den Investitionsplanungen zur Lichterfelder Allee die Frage, ob es Details gibt, was dort geplant wird?

Herr Könnemann informiert, dass der Verband im Schmutzwasserbereich ein Problem hat. Ein Teil der sanierungsbedürftigen SW-Leitung aus dem Altbestand liegt dicht vor den Häusern, wo sich Gärten und Garagen befinden. Zurzeit läuft dort die Vermessung, dann ist eine entsprechende Planung zu erstellen und die Zustimmung u. a. vom LS einzuholen. Die Leitung soll in den öffentlichen Straßenbereich verlegt werden.

Information über die Bearbeitung von Anträgen auf Schadensersatz nach Staatshaftungsrecht und zu Anträgen auf Rücknahme eines bestandskräftigen Verwaltungsaktes

Frau Böttcher informiert zur übergebenen Tischvorlage.

Der Verband hat zu zahlreichen bestandskräftigen Bescheiden Anträge auf Schadensersatz nach dem Staatshaftungsgesetz der DDR erhalten.

Bislang gab es dazu im Land Brandenburg keine einheitliche Rechtsprechung in den ersten Instanzen. Im April 2018 hat das OLG die erste ablehnende Entscheidung in zweiter Instanz getroffen. Das stellt damit die aktuelle Rechtslage dar, diese wird der Verband jetzt umsetzen. Das heißt, die Anträge werden abgelehnt. Dazu muss ein Verwaltungsakt erlassen werden, der

auf den Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten verweist, weil das Staatshaftungsgesetz das vorsieht. Damit ist eine Klagemöglichkeit bei ordentlichen Gerichten gegeben. Die Entscheidung des OLG ist bereits in der dritten Instanz beim BGH anhängig. Es wird mehrere Jahre dauern, bis man dort eine Entscheidung hat.

Nach der Entscheidung des Verbandes vom November 2017, nicht auf ein reines Gebührenmodell umzustellen, können jetzt die Anträge auf Rücknahme von bestandskräftigen Bescheiden nach § 130 Abgabenordnung ablehnend beschieden werden, welche bis dahin ruhend gestellt waren.

Herr Dr. Wolf meint, dass es vom OLG auch gegenläufige Entscheidungen gebe. Er fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, im Hinblick darauf, dass die Rechtsfrage nun auf Bundesgerichtsebene geklärt wird, die Betroffenen nicht in Zugzwang zu bringen und keine Widerspruchsbescheide zu versenden?

Frau Böttcher entgegnet, dass der Verband einen Ausgangsbescheid versendet. Er lehnt den Antrag auf Schadensersatz mittels eines Verwaltungsaktes ab, der auf die Zivilgerichtsbarkeit verweist.

Herr Dr. Wolf meint, dass dagegen Widerspruch eingelegt werden könne.

Frau Böttcher entgegnet, dass kein Widerspruch zulässig ist, es wird kein Widerspruchsverfahren ausgelöst, das Gesetz verweist direkt auf den Klageweg.

Herr Dr. Wolf sagt, damit würden die Betroffenen doch gleich ins Klageverfahren getrieben. Wieviel Fälle hat der WAZV „Der Teltow“?

Frau Böttcher meint, es geht um ca. 300 Fälle.

Herr Dr. Wolf denkt, dass das ein sichtbares finanzielles Risiko für den Verband sei.

Frau Böttcher antwortet, dass es kein finanzielles Risiko für den Verband ist.

Sie weist darauf hin, dass der Vorstandsvorsitz die Entscheidung getroffen hat, nachdem er genau diese Aspekte abgewogen hat. Die Entscheidung ist auch eine politische. Es muss aber die Entscheidung getroffen werden, ob man bei diesen offenen bzw. ruhenden Verfahren und Anträgen weiter abwartet, bis höchstrichterliche Entscheidungen getroffen worden sind. Das hat der Vorstand getan.

Herr Dr. Wolf fragt, wieso diese Entscheidung nicht durch die Verbandsversammlung getroffen wurde. Es geht ja um 300 Fälle, wo den Bürgern nur geraten werden könne, verklagt das Land oder den Verband auf Staatshaftung.

Frau Böttcher antwortet, dass dafür die Verbandsversammlung nicht zuständig ist. (Herr Dr. Wolf beantragt die Aufnahme dieser Auskunft ins Protokoll.)

Herr Dr. Wolf bedauert, dass man hier einen Konflikt weiter trägt, den man mit Musterverfahren hätte anders organisieren können; im zivilrechtlichen Bereich wäre es möglich gewesen. Gerade bei dem Staatshaftungsanspruch haben sich die Zweckverbände sehr wohl das Recht herausgenommen, Musterverfahren zu führen, um das Ganze zu klären. Er findet es ausgesprochen ungeschickt, dass man den Bürgern keine Musterverfahren zugesteht.

TOP 4 Information zur Datenschutzverordnung (DSGVO) und Maßnahmen des Verbandes

Frau Böttcher erläutert die praktische Umsetzung der Datenschutzverordnung im Verband. Der Verband ist, obwohl er nur eine halbe Person beschäftigt, verpflichtet, einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen. Diese bestellte Person ist Herr Palm, ein selbständiger IT-Sicherheitsberater und Datenschutzbeauftragter. Es wird aber nur interimswise bestellt. Vor-

gesehen ist hier bis zum Jahresende eine Person aus der MWA zu bestellen, die bis dahin ausgebildet sein müsste.

Die anderen Änderungen wurden vielleicht schon auf der Internetseite des Verbandes wahrgenommen. Dort wurde auch eine Datenschutzerklärung eingespeist. Alle Kunden haben diese per Post erhalten. Die E-Mails enthalten einen entsprechenden Hinweis. Zug um Zug werden die korrespondierenden Formulare mit Datenschutzhinweisen versehen.

TOP 5 Maßnahmen zur Vermeidung von Mengenüberschreitungen bei der Aufleitung auf die Kläranlage der BWB - Information über den Sachstand

Herr Könnemann erläutert den aktuellen Stand zum Projekt. Mit dem Beschluss 07/2018 vom 21.03.2018 wurde der Betriebsführer MWA beauftragt, Lösungen zu suchen, um die Aufleitungsmengen auf das Klärwerk Stahnsdorf einzuhalten.

Es wurden umfangreiche Untersuchungen und Ermittlungen zum erforderlichen Speicherbedarf durchgeführt, um diese Mengen zwischen zu speichern und dann wieder kontrolliert abzugeben, damit die zulässigen Höchstmengen eingehalten werden. Auch mögliche Standorte wurden überprüft, wo man Speicherkapazität unterbringen könnte.

Der Handlungsbedarf besteht sowohl in Bezug auf den Abwasservertrag mit den BWB als auch auf den EWP-Vertrag, denn ein Teil des Schmutzwassers aus dem WAZV „Der Teltow“ wird über die Druckleitung der EWP auf das Klärwerk Stahnsdorf geleitet.

Die EWP hat den Verband aufgefordert mitzuteilen, ob er sich an einem Speicherbecken beteiligen möchte, welches die EWP in Potsdam errichten wird, oder ob der Verband eigene Lösungen realisieren wird.

An der ganzen Problematik wird intensiv weiter gearbeitet, um letztendlich zur Entscheidungsfindung und zum Beschluss in den Verbandsorganen zu kommen. Am 11.07.2018 wird dazu eine Informationsveranstaltung für beide Verbände durchgeführt, um das Thema und die Lösungsmöglichkeiten darzustellen.

Herr Dr. Wolf fragt, ob denn verschiedene Lösungsszenarien vorgestellt werden.

Herr Könnemann bestätigt, dass verschiedene Lösungsmöglichkeiten vorgestellt werden, verbandseigene und verbandsübergreifende Lösungen, Lösungen mit der EWP sowie Kombinationslösungen.

Frau Kulesha hat eine grundsätzliche Frage zu diesem Thema. Die Region wächst, Berlin wächst auch. Es ist das Klärwerk der Berliner Wasserbetriebe. Können die BWB irgendwann gezwungen sein, den Vertrag mit dem Verband zu kündigen, weil sie die Kapazität für Berlin brauchen? Noch gibt es ja in der Nähe des Klärwerkes leere Flächen. Prüft man denn für die Zukunft Flächen, um vielleicht ein eigenes Klärwerk errichten zu können? Wenn auf den Flächen in der Nähe des Klärwerkes der BWB, wohin alle Leitungen führen, kein Platz mehr für ein eigenes Klärwerk zur Verfügung steht, weil in den Flächennutzungsplänen nichts gesichert ist, sei es schwierig Alternativen für die Region zu finden. Macht man sich Gedanken, eine Alternative für die Zukunft zu finden? Wie lange würde der Planungsprozess für ein komplettes Klärwerk unter der jetzigen Gesetzgebung dauern, um eine Alternative für die Zukunft zu haben?

Herr Könnemann antwortet, dass die Frage eines eigenen Klärwerks auch ein Aspekt sein wird und weist auf die Veranstaltung am 11.07.2018 hin.

Herr Weiß fragt, wieviel Fläche für ein eigenes Klärwerk benötigt würde. Es würde ja Stahnsdorf und Teltow betreffen, die Flächennutzungspläne müssten so umgestellt werden, dass die Flächen nicht für andere Zwecke verbraucht werden. Da sollte man zeitnah reservieren (Sonderbaufläche Klärwerk).

Herr Dr. Wolf meint bezüglich der Aufkündigung des Vertrages – er will dem TOP 6 nicht vorgreifen –, dass es eine rechtliche Vereinbarung aus den 1920er Jahren gibt. Wenn diese tragen würde, sei es für Berlin nur schwer möglich, den Vertrag zu kündigen. Die Vereinbarung war, vereinfacht gesprochen, Berlin darf sein Abwasser durch Teltow leiten und Teltow kann auf ewige Zeiten eine bestimmte Menge kostenlos einleiten. Deshalb sei er der Meinung, dass dieser Vertrag noch einmal durchgeprüft werden muss. Er sieht nicht die Gefahr, dass Berlin einfach den Vertrag kündigen könnte. Der Verband würde sich nicht einseitig in einer Bittstellung befinden. Die Berliner Wasserbetriebe haben auch einen Nutzen davon.

Frau Böttcher ergänzt, dass in der Veranstaltung über das Thema informiert werden soll. Der Grund ist der, dass das Thema verschiedene Fragen beinhaltet, nicht nur, was geschieht mit den Mengenüberschreitungen und Aufleitungen, sondern auch welche Alternativen der Verband überhaupt hat. Die MWA ist im Moment dabei, nicht nur Grundstücke zu suchen, sondern sich auch systemische Fragen hinsichtlich des Leitungssystems zu stellen. Es werden verschiedene Varianten technisch, wirtschaftlich und rechtlich begutachtet. In der Info-Veranstaltung Anfang Juli werden diese vorgestellt, damit die Mitglieder der Versammlung besser vorbereitet sind für die Entscheidung.

TOP 6 Vertrag vom 23. September 1924 zwischen Berlin und Teltow - Information

Frau Böttcher weist auf die letzte Versammlung vom 21.03.2018 hin, in der Herr Dr. Wolf ansprach, dass er den Vertrag dem Verband zur Verfügung stellen will. Herr von Streit hat sich dem angenommen und sich in den letzten Wochen mit Herrn Dr. Wolf auseinandergesetzt. Es ist ein Vertragsentwurf entstanden, der zum einen eine Vergütung beinhaltet und zum anderen die Übergabe einer amtlich beglaubigten Kopie des Vertrages. Sobald diese Vereinbarung unterzeichnet ist und der Vertrag von Herrn Dr. Wolf übergeben und durch uns geprüft wurde, wird die Versammlung informiert und der Vertrag kann diskutiert werden. Dabei wird der Vertrag auch in Bezug zu den Bewertungen von Prof. Dombert betrachtet, der in seinem Gutachten 2016 schon geprüft hat, wie man diesen Vertrag zu bewerten hat.

Herr Dr. Wolf wartet noch auf die amtlich beglaubigte Version.

Er gibt einen Hinweis zu dem Gutachten von Prof. Dombert und führt aus, dass dieses nicht umfassend sein könne, weil der Vertrag damals nicht vorlag. Es gab ja lediglich den Hinweis in einem Verwaltungsbericht aus 1925, wo die Eckpunkte des Vertrages angegeben waren. Insofern wird es da eine neue rechtliche Bewertung geben müssen, weil er damals Bedenken beim Grundgesetz gehabt hat. Insofern sei sein Gutachten an einigen Stellen einfach nicht mehr passend, an anderen Stellen schon. Er hatte zumindestens geklärt, dass die Rechtsnachfolger der damalige Vertragspartner und heute Teltow und die Berliner Wasserbetriebe sind.

Herr Jänicke fragt, ob er es richtig verstanden hat, dass die MWA an einem Vertrag bastelt, um an den Vertrag zu kommen?

Frau Böttcher sagt, die Übergabe und die Vergütung werden schriftlich fixiert.

werden. Der Entwurf führt verschiedene Punkte auf: Beispielsweise, dass eine amtlich beglaubigte Kopie zu übergeben ist und der Aufwand vergütet wird. Herr Dr. Wolf hat dies beim Verbandsvorsteher angefragt. Die Vergütung entspricht dem Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe.

Herr Jänicke stellt fest, ein Mitglied der Verbandsversammlung lässt sich die Übergabe eines Vertrages vergüten.

Herr Dr. Wolf gibt den Hinweis, dass es ja nicht seine Aufgabe sei, Verträge zu suchen. Es gibt da entsprechende rechtliche Grundlagen. Er hätte sich auch gewünscht, wenn das andere gesucht und gefunden hätten. Er habe mehr Zeit investiert, als dort angesetzt wird.

TOP 7 Besichtigung von Anlagen des WAZV „Der Teltow“ für die Mitglieder der Verbandsversammlung Drucksache 20/2018

Herr Könnemann informiert, dass den Vertretern der Verbandsversammlung die Besichtigung von Anlagen der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserablenkung des Verbandes ermöglicht werden soll. Der Vorstand hat die Organisation einer solchen Besichtigung befürwortet.

Herr Weiß bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage:

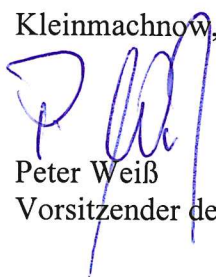
„Die Verbandsversammlung beschließt, dass für die Mitglieder der Verbandsversammlung am 07.09.2018 eine Besichtigung von Anlagen der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserablenkung organisiert wird.“

Abstimmung	berechtigte Vertreter	anwesende Vertreter	Stimmen			
			Ja	Nein	Enthalt.	ungültig
Gemeinde Kleinmachnow	6	3	3	-	-	-
Gemeinde Nuthetal OT Nudow	2	2	2	-	-	-
Gemeinde Stahnsdorf	4	3	3	-	-	-
Stadt Teltow	6	4	3		1	4
	18	12	8			4

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen - einstimmig

Herr Weiß beendet die Sitzung um 16:45 Uhr.

Kleinmachnow, 24.07.2018



Peter Weiß

Vorsitzender der Verbandsversammlung

Anwesenheitsliste

Sitzung der Verbandsversammlung des WAZV „Der Teltow“
am 13. Juni 2018

insgesamt: 18

davon anwesend: 12

6 – Kleinmachnow:

Bürgermeister

Michael Grubert

stellv. Bürgermeister

Hartmut Piecha

Vertreter:

Dr. Uda Bastians-Osthaus

Maximilian Schulz-Kersting

Wolfgang Kreemke

Michael Martens

Norbert Gutheins

Stellvertreter:

Wolfgang Nieter

Jörg Wolfram Wolschon

Raoul Schramm

Andrea Schwarzkopf

Angelika Scheib

2 – Gemeinde Nuthetal/Ortsteil Nudow

Bürgermeister

Ute Hustig

stellv. Bürgermeister

Hartmut Lindemann

Vertreter:

Dr. Bernd-Alois Tenhagen

Stellvertreter:

Werner Wienert

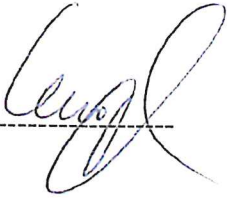
Verwaltung:

4 – Stahnsdorf:**Bürgermeister****Bernd Albers**

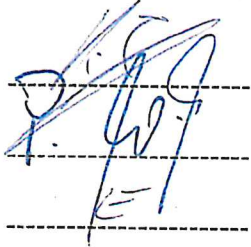
E

stellv. Bürgermeister

Anja Knoppke

**Vertreter:**

Karsten Jänicke

**Stellvertreter:**

Gerold Maelzer

Peter Weiß

Daniel Mühlner

Dietrich Huckshold

Michael Kortz

E

6 – Teltow:**Bürgermeister****Thomas Schmidt**

E

stellv. Bürgermeister

Beate Rietz

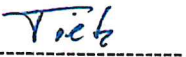
**Vertreter:**

Berndt Längrich

E

Stellvertreter:

Helmut Tietz



André Freymuth

E

Wolfgang Pacholek

E

Dr. Andreas Wolf



Jeannette Paech

Hans-Peter Goetz

E

Detlef Kolbe

E

Kerstin Kulesha



Lars Müller

Gäste:-----

